

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer: 25 241
Für den Verlagspreis: 20 011.

Lebeck's Dreieck-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren.
Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiert.

Druck- und Verlagsanstalt:
Mühlstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Pöschel in Dresden.
Verlagsnummer 40 011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 7,75 M., vierteljährlich 23,25 M. | **Anzeigen-Preise.** Die Spalte, 37 mm breite Zeile 2,50 M. Bei Familienanzeigen, Anzeigen und Stellen- u. Wohnungsmarkt, Spalte 10 mm u. Breite 25 %. Tagespreise laut Tarif. Klassen, Auflagen geg. Vorausbezahlung. — Einzelnnummer 40 Pf. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht entbewahrt.

Wer führt und expediert Reisegepäck und Expreßgut von und nach den Personen-Bahnhöfen Dresdens? — besorgt Fabrikanten zu allen Zügen? — besorgt dem reisenden Publikum Autos? **Amtliche Wer** versichert von Haus zu Haus zu vorteilhaftesten Bedingungen? — übernimmt am Hauptbahnhof und Neustädter Bahnhof Einstellung von Fahrrädern und Gepäckstücken? — erledigt alles prompt und zuverlässig?

Expresß- und Gepäckfahrt

Dresden-A., Hauptbahnhof — Fernruf 18323, 19884
Geschäftszeit: 7 Uhr früh bis 11 Uhr nachts. Sonntags: 7 Uhr früh bis 1 Uhr mittags

G. m. b. H. Dresden-N., im Personen-Bahnhof — Fernruf (18323)
Geschäftszeit: 7 Uhr früh bis 5 Uhr abends. Sonntags: 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags

Protest gegen die Zerstörungsforderungen. Die Ausbreitung des bürgerlichen Einflusses.

Der Wortlaut der deutschen Note.

Berlin, 15. Nov. Das Auswärtige Amt hat nachstehendes Schreiben an den Vorsitzenden der Interalliierten Militärkontrollkommission gerichtet. Zugleich ist die deutsche Botschaft in Paris beauftragt worden, der Botschafterkonferenz eine Note gleichen Inhalts zu übermitteln:

Die ehemaligen Werkstätten des Reiches und der Marine sind alsbald nach Ausbruch der Revolution einer völligen Umgestaltung unterworfen worden. Die anfängliche planlose Führung der Betriebe wurde einer Zentralleitung übertragen, der es oblag, geordnete Verhältnisse in den Werkstätten zu schaffen und diese ohne Verzug auf friedliche Arbeiten umzustellen. Aus verschiedenen Gründen wurde hierfür die Form des privatwirtschaftlichen Unternehmens gewählt. Die Umgestaltung der Werke in diesem Sinne war bereits erfolgt, als die Friedensbedingungen bekannt wurden. Schon zu dieser Zeit hatten also die vormaligen Reichswerke aufgehört, Staatsfabriken im Sinne des Art. 168 des Vertrages zu sein. Um aber völlige Gewissheit darüber zu haben, daß nicht etwa auf Grund dieses Artikels an einer Schließung der Betriebe geachtet und damit die Existenz vieler Tausender von Arbeitern vernichtet werden müsse, wurde ein Antrag an die Botschafterkonferenz gerichtet, sie wolle sich mit dem Vorsitzenden einverstanden erklären. Die Botschafterkonferenz habe diesen Antrag durch eine Note vom 10. Februar 1920 statgegeben und ihr Einverständnis an die alleinige Bestimmung der Umgestaltung auf die Friedenswirtschaft geäußert. Irrenselbstige Forderungen wegen des zu wählenden Reorganisationsprogramms hätte sie nicht erhoben. Die von der Botschafterkonferenz gestellte Bedingung ist in vollem Umfange erfüllt. Mit sehr großem Kostenaufwande ist die

Die Ausbreitung des bürgerlichen Einflusses.

An der Freitreppe, die hinauf zu den Eingängen des Dresdner Rathauses führt, halten zwei trübige Steinernen Löwen die Waage. Laufende von Menschen eilen alljährlich vorüber, ohne acht zu haben auf diese Symbole stolzer Bürgerkraft und auf den Sinn der Sprüche, die die aufrecht stehenden Säulen in den Franken der mächtigen Tierbilder zieren. „Bedenk und achte“, so lesen wir dort, „was die Väter Großes schufen, indes die Zukunft nur sei Deiner Taten Zweck!“ Und an anderer Stelle: „Wißt Du was schaffen, tu' es nicht ohne Rat! Doch vorwärts bringt Dich nur die frische Tat!“ Es ist der Geist einer vergangenen Zeit, der aus diesen Mahnworten spricht, einer allfälligen Zeit, zu der uns kühnliche Erinnerung oftmals zurückträgt, wenn wir uns der ganzen Härte unserer Tage bewußt werden. „Was die Väter Großes schufen“, das haben wir verloren, und das, was neu geschaffen wird, das tritt ins Leben ohne Rücksicht auf den bewährten Rat, der aus der Geschichte der Vergangenheit geschöpft werden möchte. „Errungenschaften“ des Uhrzeigers sind es, die unsere Tage regieren; die krummen Worte der kleineren Plakate am Dresdner Rathaus haben keine Geltung mehr. Und doch, so nachdrücklich die Tatsachen des öffentlichen Lebens während der letzten drei Jahre diese Ansicht bekräftigen, es bricht sich etwas Bahn durch die Fülle der Irrungen, in denen die Massen befangen sind, das wie der Wille zur Rückkehr oder zur Erneuerung des alten, von der Revolution niedergeworbenen Geistes ankommt. Wohl gemerkt, nur der Wille, nicht die Rückkehr oder die Erneuerung selbst scheint sich anzubahnen. Davon sind wir noch weit entfernt, und eine schwere Arbeitslast gilt es unter Aufhebung aller Kräfte im politischen Leben noch zu überwinden, wenn dieses Ziel erreicht werden soll.

Anzeichen dafür aber, daß ein Wille zur Umkehr oder wenigstens die Bereitschaft, den seit den Novembertagen 1918 beschrittenen Weg zu verlassen, vorhanden und im Wachsen begriffen ist, bieten die Ergebnisse der Gemeindevahlen, die in den letzten Monaten im Reich und am vergangenen Sonntag in Sachsen stattgefunden haben. In der „Hochburg der Sozialdemokratie“, in Berlin, begann die Verdrängung der Massen von der marxistischen Lehre und ihren kommunistischen und bolschewistischen Auswüchsen. Der nach Hunderttausenden zählende Stimmenverlust der Unabhängigen kam nur zum kleinen Teil der Mehrheitssozialdemokratie zugute. Mindestens hunderttausend Wähler gingen von sozialdemokratischen ins bürgerliche Lager über. Den Hauptanteil am Stimmengewinn hatte, wie erinnerlich, die Deutschnationalen Volkspartei. Alles in allem wies das Wahlergebnis eine geringe bürgerliche Mehrheit auf, die zwar schwach war, aber doch im Vergleich zu den Wahlen des vorhergehenden Jahres und unter Berücksichtigung der systematischen Radikalisierung der industriellen Massen einen beachtlichen bürgerlichen Aufwärtsschritt darstellte. Man hätte das überraschende Anwachsen des bürgerlichen Einflusses in der Reichsbauverwaltung für eine Zufallserscheinung vorübergehender Art halten dürfen, wenn nicht in der Folgezeit in anderen Teilen des Reiches bei Kommunalwahlen dieselbe oder eine ähnliche Gruppierung der Wählererschaft eingetreten wäre. Einen weiteren bemerkenswerten Schritt in dieser Entwicklung haben die Gemeindevahlen in Sachsen gebracht.

Betrachtet man die immer noch vorläufigen Ergebnisse, an denen sich aber nichts Wesentliches mehr ändern dürfte, in den beiden größten sächsischen Städten, Dresden und Leipzig, und die Ergebnisse des flachen Landes, soweit sie vorliegen, so ist auch in unserer engeren Heimat, ganz allgemein gesprochen, eine beträchtliche Zunahme der bürgerlichen Stimmen zu verzeichnen, die in den meisten Orten auf Kosten der sozialistischen Parteien vor sich gegangen ist. Von ausschlaggebender Bedeutung sind dabei die Resultate von Dresden und Leipzig. In beiden Städten überwiegt bisher die sozialistische Mehrheit; in Dresden fanden 43 sozialistische Stadtverordnete neben 41 bürgerlichen, in Leipzig war das Verhältnis 39:38. Sollte die Neuverteilung der Mandate nach der Sonntagswahl auch nur eine Gleichheit der bürgerlichen und der sozialistischen Gruppen in beiden Städten ergeben, so wäre doch der bürgerliche Erfolg unverkennbar. Sechs Sitze dürften in Leipzig, einer oder zwei in Dresden als unbestreitbarer bürgerlicher Gewinn gebucht werden. Die rechte Bedeutung dieses Erfolges kann erst ermessen werden, wenn man die innerpolitischen Verhältnisse in Sachsen, die natürlich vornehmlich ihren Niederschlag in den großen Städten finden, ins Auge faßt. Von jeher ist Sachsen, und vor allem die hart industriell gefärbten Großstädte Leipzig, Chemnitz, Dresden, Bismarck und Horte des Sozialismus gewesen, so wie es Berlin und Halle im Reich waren und sind. Die sächsische Arbeiterbevölkerung galt als eine der festesten Stützen der deutschen Internationalisten, besonders seit sie eine starke Niederdeckung für ihre Wünsche und Bestrebungen in einer reinsozialistischen sächsischen Regierung fand. Ein Minister wie Ullrich ist ja wohl auch

Wiederum Umstellung der Werke in reine Friedensarbeit

berall durchgeführt. Daß dabei für die Wahl des Reorganisationsprogramms die vorhandenen Maschinen, Einrichtungen und Materialien sowie die Fachkenntnisse der in den Werken beschäftigten Arbeiterkräfte mitzubedenken waren, ist selbstverständlich, zumal die Botschafterkonferenz sich ja gerade mit Rücksicht auf die weitere Beschäftigung dieser Arbeiterkräfte mit der Erhaltung der Betriebe einverstanden erklärt hatte. Das nach diesem Gesichtspunkte gewählte Reorganisationsprogramm ist der Militärkontrollkommission und ihren Unternehmern niemals vorgehalten worden. Die Umstellung der Werke ist vielmehr unter ihren Augen, unter ihrer täglichen genauen Kontrolle vor sich gegangen. Sie sind auch bisher offenbar der Auffassung gewesen, daß der von der Botschafterkonferenz gestellten Bedingung Genüge geschehen war. Denn sie haben bis in die neueste Zeit in keinem Falle Widerspruch erhoben. Nach dreijähriger mühsamer Arbeit gelangte die Leitung der Deutschen Werke die mit der Umstellung verbundenen ungeheuren Schwierigkeiten überstanden und eine gesunde wirtschaftliche Basis gefunden zu haben, die ihrer Arbeiterkraft eine bleibende sichere Existenz gewährleistet.

Lebensmittelplünderungen in Berlin.

Zelbsthilfe angeblicher Arbeitsloser!
(Erdbeobachtung unter Berliner Schriftleitung)
Berlin, 15. Nov. In schweren Ausbreitungen ist es heute vormittag in Neudölln gekommen. Ein Trupp von etwa 150 Männern und Frauen versuchte, in die Filiale der Konsumgenossenschaft Berlin einzudringen. Das Personal ließ jedoch, schnell entschlossen, die eisernen Rolltüren herunter. Darauf drang die Menge in ein anderes Lebensmittelgeschäft ein, packte Butter, Margarine, Käse usw. in Körbe und Taschen und verschwand damit. Ferner wurden große Kisten mit Margarine, Eiern usw. geraubt. Kurz darauf drang ein Trupp von etwa 200 Menschen in die Verkaufsräume der Neudöllner Großhandels-gesellschaft ein und plünderte auch hier den Laden vollständig aus. Ebenso erging es einer großen Butterhandlung. Hier gerührte die Menge ohne weiteres die große Fensterscheibe, drang unter Drohungen in das Geschäftsfloß ein und raubte es vollständig aus. Eine Streife der nahegelegenen Volkspolizei konnte nicht ausfinden, da die Stehenden sich nicht im geringsten um die Anordnungen der Beamten kümmerten. Kurz darauf wurden weitere Lebensmittelgeschäfte ausgeraubt, ohne daß die Polizei gegen das Treiben der zu zahlreichen Stellen plötzlich auftauchenden Trupps hätte einschreiten können. Die Plünderer behaupteten, daß sie arbeitslos seien und heute keine Arbeitslosenunterstützung erhalten hätten. Aus diesem Grunde müßten sie zur Selbsthilfe gezwungen sein. Infolge der Vorgänge haben zahlreiche Geschäfte geschlossen.

9 Millionen für Erwerbslose in Berlin.

Berlin, 15. Nov. Der Berliner Magistrat hat 9 Mill. Mark bereit gestellt, die zur sofortigen Auszahlung an Erwerbslose, Arbeitsbeschäftigung und sonstige durch Arbeitslosigkeit in Not Geratene dienen sollen.

Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß sie kein Verbrechen trifft, aus dem sie dieser

stillschließliche Stellungswechsel der Kommission erklären ließe. Alle Forderungen auf Fortführung, Umbau und Entwertung von Spezialmaschinen für die Herstellung von Kriegsmaterial und Vernichtung von Motoren und sonstigem Gerät, auf Umgestaltung ganzer Gebäude und einzelner Einrichtungen sind, so weitgehend sie auch waren, erfüllt worden, um den Betrieben ein für allemal den Charakter von Staatsfabriken zu nehmen. Werte von vielen Millionen sind so vernichtet worden. Mit welcher Gründlichkeit dabei vorgegangen wurde, ist in der Anlage 2 im einzelnen darzulegen. Jede Gefahr einer Wiederumstellung auf die Herstellung von Kriegsmaterial ist damit beseitigt. Dafür, daß diese Verdrängung eine dauernde ist, birgt nicht nur die rücksichtslos angeordnete Kontrolle der Kommissionen, auch die deutsche Regierung und die Arbeiter-schaft der Werke selbst keinen Grund zu besorgen.

Die deutsche Regierung verkennt nicht, daß es Aufgabe der Kontrollkommissionen ist, die Erfüllung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages und die Durchführung des Beschlusses vom 10. Februar 1920 aufs schärfste zu überwachen. Sie hat sich in dieser Erkenntnis und um auch den Anschein der Obstruktion zu vermeiden, so mancher Maßnahme gefügt, deren Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit sie nicht erkennen konnte.

In vorliegendem Falle muß sie aber Einspruch erheben, weil die neuen Forderungen der Kommissionen nicht

für die Sozialdemokratie aller Schattierungen nicht mit Gold auszuwiegen. Was in seinen Kräfte Hand, das hat er getan, um den Wahlerfolg seiner Partei auch bei den diesmaligen Gemeindevahlen zu fördern. Voraussetzend hat er die Eingemeindungen der weitausgedehnten Vororte mit ihrer starken Arbeiterbevölkerung unterstellt, hat die feine Tätigkeit in Leipzig betrieben und hat es an indirekter sozialistischer Wahlpropaganda für die Stadtverordnetenwahlen nirgends fehlen lassen. Was soll man dazu sagen, daß er als Polizeiminister die „Aufklärung“, besser die schände sozialistische Parteibege zu Wabizweden in den Reihen seiner Landespolizeibeamten nicht nur geduldet, sondern sogar gefördert hat? Sein treuer Helfer, der mehrheitlich sozialistische Kommissar Götzen, hat noch wenige Tage vor der Wahl vor Dresdener Polizeimannschaften diebeständige Aufklärungsreden gehalten.

Wenn trotz solcher über die Nahe günstiger Vorbedingungen die Sozialdemokratie im Dresdener Stadtverordnetenkollegium Siege verloren hat, während das Bürgerium und sei es auch nur einen einzigen Platz gewann, dann muß man diese Tatsache als einen kleinen, aber ungemein wertvollen Erfolg der bürgerlichen Parteien festhalten, der um der Schwierigkeiten willen, gegen die er zustande kam, doppelt verheißend genannt werden darf. Und ganz ähnlich liegen die Dinge in Leipzig, wo die Herrschaft des Vorkriegssozialismus seit Revolutionstagen unbrechbar schien. In dieser Stadt der unaufhörlichen Gewalttätigkeiten in den Zeiten der Nationalen Sicherheitskompanie, der erbitterten Kämpfe gegen alles, was in bürgerlichem Gewande herumlief, als der „rote Terror“ sich mit den Selbstwilligen an der Dauptstadt und am Georastina schma, ist es dem Bürgerium gelungen, an Einfluß zu gewinnen. Auch hier wie in Dresden hatten die Sozialisten zum ersten Male zu dem Zwangsmittel der Wahlkontrolle gegriffen, um jeden Zählungserfolg zu können und zur Rechenschaft zu ziehen. Und trotzdem haben sie ihre Schlacht verloren.

Was heißt das, wenn man das Symptomatische dieser Vorgänge zu erfassen vermag. Zwei Tatsachen werden offenbar, die für die große innerpolitische Entwicklung in Sachsen und auch im Reich ins Gewicht fallen. Erstens hat sich die Einsicht verbreitet, daß es so, wie es seit dem Tage der allerersten Revolution in Reich, Land, Stadt unter sozialistischer Hande antrieben wird, nicht weiter geht. Bis weit in die Reihen der Arbeiter hinein beginnt man zu erkennen, daß mit der marxistischen Lehre im gegenwärtigen Zeitpunkt weder kommunalpolitisch, noch reichspolitisch Erfolge erlangen werden können und daß die Arbeit für sozialistische Bestrebungen und Ziele besonders wirtschaftlich und finanziell dem raschen Niedergang der Gemeinschaft entgegenführt. Und zweitens geht aus den Ergebnissen der städtischen Gemeindevahlen ebenso wie aus den der im Reich vorangegangenen hervor, daß das Bürgerium zwar Ursache hat, sich dieser Entwicklung zu freuen, mehr noch aber Ursache hat, in Zukunft alle Kräfte anzuspannen, um bewußt und bedingungslos in diese vorerst ziemlich automatische Entwicklung einzugreifen zu können. Das eigentümliche Charakteristikum der neuen Wendebewegung, daß sie nämlich mehr und mehr von sozialistischer Seite als von bürgerlicher gefördert wird, muß auffallen. Ein politisch wachames, in sich abgeschlossenes Bürgerium, das seine Interessen kennt und jede Stunde zu verteidigen gewillt ist, muß entstehen, wenn es den sozialistischen Bestrebungen nicht baldig wieder entgegen soll, den verlorenen Vorführung von neuem einzuholen. Dazu bedarf es vor allem bei jeder nächsten Wahl der Ueberwindung der politischen Gleichgültigkeit, die noch immer weite Kreise des Bürgeriums beherrscht. Wäre die einmal ganz zu beseitigen, so würde der Wahlerfolg noch ein ganz anderer sein, als es der gegenwärtige bescheidene Anfassenerfolg ist. Es bedarf aber auch noch bei zahlreichen Wahlberechtigten der grundlegenden Erkenntnis und Einsicht in die Tatsache, daß der einzelne Bürger nur durch die Abgabe seiner Stimme einen gewissen Einfluß auf die Gestaltung der staatspolitischen Zukunft der Gesamtheit ausüben vermag und daß er sich moralisch jedes Recht der Klage über die politischen Verhältnisse nimmt, wenn er von seiner Stimmabgabe keinen Gebrauch macht.

Die Riesenlast der deutschen Reparationen.

Paris, 15. Nov. „Chicago Tribune“ meldet aus Washington: Das Handelsdepartement hat gestern eine Uebersicht über die Gesamtheit der deutschen Reparationspflicht veröffentlicht, die sich bisher auf 22 453 600 000 Dollar beläuft und durch Schuldverschreibungen der Serien A, B und C gedeckt sei. Von diesen sei die Serie C noch nicht anzuweisen. Bei einer letzten Jahreszahlung von 175 000 000 Dollar, die vierteljährlich zahlbar seien, und der 20prozentigen Abnahme vom Werte der deutschen Anleihe, die ebenfalls vierteljährlich und zwar in bar oder in Waren zahlbar sei, würden sich die gesamten Zahlungen für das am 29. April 1922 endende Reparationsjahr auf 512 730 000 Dollar belaufen. Die bis jetzt bezahlte Summe betrage 309 Millionen Dollar. (W. Z. B.)

Areditverweigerung der englischen Banken.

London, 12. Nov. Die Vertreter der Londoner Finanzhäuser erklärten, sie würden Deutschland kein Guthaben bewilligen, ausgenommen auf der Grundlage einer dauernden und befriedigenden Regelung des Problems der deutschen Verpflichtungen da der Wechselkurs der Mark der Finanzwelt einen zu harten Stoß versetzt habe als daß sie sich veranlaßt sehen könnten, Deutschland ohne eine solide Grundlage Geld vorzuschießen. (W. Z. B.)

Französische Ansichten über die Finanzpolitik Deutschlands.

Paris, 15. Nov. In der heutigen Debatte der Kammer über die Finanzlage Frankreichs ergriß der Abgeordnete Klauert das Wort, der sich auch über die Finanzpolitik Deutschlands ausdrückte. Er behauptete, das deutsche Budget habe ein Defizit von 180 Milliarden, sein Notenumlauf betrage 96 Milliarden. Systematisch habe Deutschland Kapitalien ausgeführt. (?) Deutschland habe so den Markkurs beherrscht. Der Bankrott Deutschlands sei ein gefährlicher innerer Bankrott, der nur die Verpflichtungen gegenüber den deutschen Staatsangehörigen annullieren könne. Wenn Frankreich die Inflation vermehre, werde es den Mark des Landes herbeiführen. Auch die Finanzlage sei ein neues Paradoxon. Die einzige Maßnahme, die wirksam sei, sei, Deutschland zu verpflichten, daß es zahle, was es schulde. (W. Z. B.)

Berminde rung der Kontrollkommission?

Paris, 15. Nov. „Excelsior“ meldet, daß die militärische Kontrollkommission in Berlin, die unter der Leitung des Generals Nollet steht, stark vermindert werden soll. Am 1. Januar 1922 wird der Personalbestand um zwei Drittel geringer sein als bei Beginn ihrer Tätigkeit. Die englische Mission sei dafür, die Kommission dann einzeln zu lassen und ihre Aufgabe dem Völkerverbund zu übertragen. Die französische Mission bemühe sich einen neuen kleinen Traktat durchzuführen, über den zuerst Verhandlungen unter den Verbündeten geführt werden.

Amerikanische Friedenserklärung.

Washington, 15. Nov. Das Staatsdepartement hat heute einen vom Präsidenten Harding unterzeichneten Erlass veröffentlicht, wonach der Krieg zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland seit dem 2. Juli 1921 beendet ist und hat angeordnet, daß der Erlass veröffentlicht wird, damit seine Artikel und Bestimmungen von den Vereinigten Staaten und ihren Bürgern pflanzlich erfüllt werden.

Wiederzusammentritt des Völkerverbundes.

Paris, 15. Nov. Der Völkerverbund trat, der zu einer außerordentlichen Sitzung zwecks Prüfung der albanischen Frage nach Paris berufen worden ist, wird seine erste Sitzung morgen nachmittags 4 Uhr im Luxemburg-Palast abhalten. (W. Z. B.)

Die Aussichten der Washingtoner Konferenz.

Ausländische Urteile.

New York, 15. Nov. Die Blätter der North-Press veröffentlichten die auf eine Rundfrage eingegangenen Antworten berühmter Persönlichkeiten über die Aussichten der Washingtoner Abrüstungskonferenz. Die drei Fragen, die gestellt waren, lauteten: 1. Glauben Sie, daß die Washingtoner Konferenz in der Abwägung der Abwägung zu endgültigen Resultaten kommen wird? 2. War der Weltkrieg der letzte und größte allgemeine Krieg? 3. Wenn er es nicht war, wie ist es möglich, einen neuen Weltkrieg zu verhindern? Aus den zahlreichen eingegangenen Antworten seien einige der interessantesten wiedergegeben: Der italienische Historiker Guglielmo Ferrero schreibt: 1. Die Washingtoner Konferenz wird zweifellos dazu beitragen, dem Abrüstungsproblem näher zu kommen und seine Lösung vorzubereiten. Es scheint mir jedoch, daß sie nicht berufen sein kann, diese Lösung selbst zu entscheiden. Der Tag der Abrüstung ist noch nicht gekommen. Europa befindet sich noch in einem zu chaotischen Zustande. 2. Kriege wird es immer geben, doch glaube ich, daß sie für viele Generationen sich in kleinem Rahmen halten werden. Europa ist zu ermüdet und zu zerrissen, um sich den Luxus eines neuen Weltkrieges auch nur eine Weile gestatten zu können.

Der belgische Dichter Maurice Maeterlinck zeigt sich in seiner Antwort erneut von der heillosen, feindlichen Seite. Er schreibt: 1. Ich bin leider überzeugt, daß die Washingtoner Konferenz ebenso nutzlos sein wird, wie alle ihre Vorgängerinnen. Vom militärischen Gesichtspunkte aus betrachtet, wird sie Deutschland, die Ursprungsquelle und Nährmutter aller Kriege in Europa, nicht vernichten. Was zukünftige Kriege anbelangt, so können sie so lange nicht verhindert werden, bis die große Masse der Menschen weniger grausam, weniger feroz, weniger sorglos in bezug auf die Folgen der Veringschätzung menschlichen Lebens geworden ist. — Sehr pessimistisch drückt sich der ehemalige französische Minister Verenger aus. Seine Antwort lautet: 1. Nein! Ich glaube nicht, daß die Washingtoner Konferenz mit der Abrüstung endet. Ich glaube nicht einmal, daß es ihr gelingen wird, die Kämpfungen zu begrenzen. 2. Nein! Der Weltkrieg, der 1918 sein Ende fand, wird nicht der letzte Krieg sein. 3. Es wird nicht möglich sein, zukünftige Kriege zu verhindern, es sei denn, daß man den Geist des Bösen im Menschen unterdrücken könne. Die Religionen und philosophischen Systeme aller Zeiten haben dies versucht und sind dabei gescheitert. Mehr als das, sie haben die Dinge verschlimmert, daß aufgehört, Kriege geboren. So lange es Leben gibt, wird es auch Tod geben, das heißt also, so lange menschliche Wesen existieren, wird es Kriege geben. — Graf Sersa, der frühere italienische Außenminister, faßt seine Ansicht folgendermaßen zusammen: Wenn die Delegierten für Washington hinreichend praktischen Sinn besitzen, Ideale nicht spöttisch zu behandeln, dann wird die Konferenz der Sache der Abrüstung einen Dienst geleistet haben. Was die Verhinderung von Kriegen angeht, so hat das Völkerverband dies versucht und dabei Schiffbruch erlitten. Das Christentum scheiterte daran, wie der Sozialismus daran gescheitert ist. Notwendig ist, daß wir Hingebungswort an der Schaffung eines Zustandes der öffentlichen Meinung arbeiten, der die Meinungen aus der Erkenntnis zwingen wird, daß sie der Zukunft ihrer Väter mit einer Friedenspolitik besser dienen, als mit einer Politik des Krieges.

Bernard Shaw über Washington.

In der letzten Ausgabe der „Nation“ veröffentlichte Bernard Shaw einen Artikel, in dem er die Aussichten der Konferenz in Washington bespricht. Er schreibt u. a.: In England brauchen die Staatsmänner ihrer Politik niemals im Dunkel zu halten, weil sie sich nämlich selbst im Dunkel halten. Vielleicht liegt in Amerika der Staatssekretär der Flotte, wenn er ein halbes Dutzend neue Schlachtschiffe mit 18-Zoll-Kanonen bestellt hat, zu sich selbst: „Jetzt kann ich, wenn ich will, die britische oder die japanische Flotte zerstören.“ Kein englischer Staatssekretär würde sich ein so indolentes Selbstbekenntnis auszusprechen trauen lassen. Wenn so, wie er zu seiner Frau sagen würde: Die Schindis nebenan haben einen dritten Diener angeheiratet; wir sind es unseren Ruf würdig, daß sie zu tun“, würde er auch sagen: „Amerika, doch eine Republik, hat fünf Schiffe auf Stapel gelegt; wir, ein erstklassiges Kaiserreich, müssen sechs haben.“ Und dabei würde er es belassen. Mit dem Ausdruck höchster Entrüstung würde er den Gedanken von sich weisen, daß die Schiffe den Zweck haben sollten, die Schiffe irgendeiner anderen Macht zu versenken, oder daß die Kanonen zu etwas anderem als zum Schießen dienen da sein sollten. Er würde an seine Dankbarkeit gegenüber Japan für die Hilfe im letzten Krieg appellieren, oder an die hundert Jahre Frieden zwischen England und den Vereinigten Staaten, und würde sich auf die Veraprediat berufen, um sich von dem gefälligen Verbot zu reinigen, daß er bei dem Bau einer Flotte einen anderen Gedanken haben könnte, als den Schutz des eigenen Landes gegen unprovokierte Angriffe von seiten einer Macht, die weniger friedlich, weniger ehrenhaft und weniger harmlos sein könnte als sein geliebtes Reich. Und er würde selbst glauben, was er sagte.

Die Erklärungen Balfours und Katos.

London, 15. Nov. Aus Washington wird gemeldet: Balfour erklärte in seiner Antwort bezüglich der Abrüstungsvorschläge der Vereinigten Staaten: Wir stimmen mit Gutes im Geiste und im Grundsatze überein. Die Verlangung der Aufsicht Großbritanniens über die Einschränkung der Rüstungen zur See durch Balfour war das überragende Merkmal auf der zweiten Sitzung der Abrüstungskonferenz. Nach Balfour sprach Admiral Kato, der ebenfalls zum Ausdruck brachte, daß Japan die Vorschläge des Staatssekretärs Gushes im Prinzip annehme und der Stellungnahme Japans gegenüber der Verabfolgung der Rüstungsbegrenzungen. (W. Z. B.)

Ergänzend wird aus Washington gemeldet: Balfour nannte die Vorschläge des Staatssekretärs Gushes ein großes geschichtliches Ereignis für den Wiederaufbau der Welt. Er wies darauf hin, daß während der Verbindungsstunden der Vereinigten Staaten sehr und unerschütterlich seien, kein Bürger des britischen Reiches verneinen könne, daß sein Leben von den Verbindungen des britischen Reiches abhängt. Diese kretenische Schwäche ist jedermann, der darüber nachdenkt, klar. Sie ist uns und anderen Feinden bekannt, und unsere Freunde dürfen sie daher auch nicht verhehlen. Balfour gab der Ansicht Ausdruck, daß die Vorschläge betreffend das Verhältnis der Schlachtschiffe der einzelnen Länder zueinander annehmbar wären und daß die Höhe der Einschränkungen angemessen sei. Er schloß vor, daß die Unterseebootflotten-Tonnage vermindert und der Bau von großen Unterseebooten unterbunden werde. Als Balfour die tonale und vollständige Wirtmirkung Großbritanniens bei den allgemeinen amerikanischen Fragen anläßt, wendeten die Anhörer lebhaften Beifall. Auch die Erklärung Balfours bezüglich der Unterseeboote fand warme Zustimmung. Zum Schluß seiner Rede verlas Balfour ein Telegramm Lord Georges, worin der britische Premierminister erklärte, die britische Regierung sei den Verhandlungen auf der Abrüstungskonferenz mit tiefer Genugtuung gefolgt. Sie stimme von ganzem Herzen der Ansicht Balfours an, daß die Medien des Präsidenten Hardings und des Staatssekretärs Gushes mutige staatsmännliche Meinungen waren, die unendliche Möglichkeiten enthielten. Als Balfour geschlossen hatte, erhob sich von neuem riesenhafter Beifall. (W. Z. B.)

Der politische Berichtshatter der „Morning Post“ schreibt, daß in einigen Tagen eine Konferenz des Reichsverteidigungsausschusses abgehalten werde, um die amerikanischen Abrüstungsvorschläge zu erörtern. (W. Z. B.)

Japans bedingtes Einverständnis.

Paris, 15. Nov. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington wird die japanische Delegation sich mit der Einschränkung der japanischen Flotte auf 10 große Schiffe einverstanden erklären, jedoch eine entsprechende Verabfolgung der englischen und amerikanischen Flottenstärke verlangen. (W. Z. B.)

London, 15. Nov. Der Washingtoner Berichtshatter der „Morning Post“ meldet, daß die Japaner beabsichtigen, die Vereinigten Staaten würden an Großbritannien und Japan die Aufforderung richten, ihren Bündnisvertrag aufzugeben. (W. Z. B.)

London, 15. Nov. Nach einer Deuter-Meldung aus Tokio stimmt die japanische Presse den Vorschlägen des Staatssekretärs Gushes auf eine Rüstungspause herab zu. Der diplomatische Berichtshatter der „Daily News“ in Washington telegraphierte seinem Blatt, daß nicht nur die britische, sondern auch die japanische Delegation grundsätzlich dem amerikanischen Vorschlag über die Verminderung der Seerüstungen zustimmen werde. (W. Z. B.)

Die Landabrüstungsfrage.

Paris, 15. Nov. Der Sonderberichtshatter des „Intransigent“ in Washington will wissen, daß die Einbringung eines Vorschlages für die Abrüstung an Lande entweder von englischer oder italienischer Seite unmittelbar bevorstehe. Briand habe sich gestern Abend mit der englischen Delegation besprochen. Im Laufe der bevorstehenden Erörterungen werde vielleicht Polen wegen seiner 300 000 Mann starken Armee Schikanen ausgeübt (?) sein. Italien mit seinen 280 000 Mann werde vielleicht mit Rücksicht auf seine Bevölkerungsdifferenz eine Einschränkung vornehmen. Was Frankreich anlangt, so werde es vor der Konferenz den Beweis dafür liefern, daß es nicht nur heute 1 000 000 Mann mit 500 000 Bajonetten und harter Kavallerie unter Waffen habe und morgen 12 Millionen Menschen mobil machen könne. Die französische Delegation werde ferner ausbehalten, daß Deutschland einen Grundstock von 250 000 Mann besitze und ohne weiteres 7 Millionen Soldaten (?) mit allen den nötigen Maschinenwaffen, Gewehren und Fahrzeugen aufbringen könne. Die französische Delegation werde auch klarlegen, daß England mit den Dominions ein Heer von 700 000 Mann habe. Es müßte also Frankreich mit seinen Kolonien gestärkt sein, 657 000 Mann stark und nach dem Berichtshatter die französische Seerestärke Ende 1921 sein) zu unterhalten, davon 300 000 Mann im Landesinneren. Beim Waffenstillstand hätte Frankreich 4 780 000 Mann Soldaten gehabt. Wirkliche Garantien (!) vorausgesetzt — so werde die französische Delegation sagen — werde Frankreich gern seine Armee noch mehr einschränken. (W. Z. B.)

Ein neues französisches Seereschiff nach Washington.

Paris, 15. Nov. Der Seereschiffbau der Kammer beauftragte seinen Vorsitzenden General Gasteau, beim Kriegsminister Barthou anzufragen, wann das neue Seereschiff erbaut werden würde. Wie die „Morgenblätter“ melden, wird der Kriegsminister heute in der Kammer erklären, die Erörterung könne erst erfolgen, nachdem die Washingtoner Konferenz geschlossen sei, da man auf die dort zu treffende Entscheidung Rücksicht nehmen müsse. (W. Z. B.)

Paris, 15. Nov. Unter Vorsitz des Präsidenten der Republik hat heute vormittag der Oberste Rat der Nationalverteidigung tagte. (W. Z. B.)

China verlangt territoriale Integrität.

Washington, 15. Nov. Staatssekretär Gushes, der gestern eine lange Konferenz mit Irland und Austerland über die Stellung Frankreichs gegenüber Deutschland, die französischen militärischen Einrichtungen und die Reparationen hatte, beriet heute lange mit dem italienischen Vorkommnissen Schaner und Albertini und hat sie, sowohl an der Erörterung der Abrüstungsfrage wie auch der Frage des ferneren Ostens tätigen Anteil zu nehmen. Einer Mitteilung Washingtons zufolge wurde die chinesische Kommission in Washington der Konferenz Vorschläge für eine Regelung des Ostens unterbreiten, die auf folgenden allgemeinen Grundätzen ruhen: Von der Bevölkerung Chinas hängt der Frieden des ferneren Ostens ab. China muß in die Lage versetzt werden, seine eigene wirtschaftliche Wiederherstellung durch die Entwicklung der natürlichen Hilfsquellen des Landes zu vollziehen. Auch die territoriale Integrität Chinas muß gewährleistet werden. Weitere Eingriffe durch ausländische Konzeptionen müssen aufhören. China muß absolute politische Unabhängigkeit haben und von jeder Einwirkung von außen verschont bleiben. (W. Z. B.)

Italiens Beforgnisse.

Paris, 15. Nov. Nach dem Washingtoner Korrespondenten des „Intransigent“ hat Italien die Verabfolgung der französischen Flotte veranlaßt und Besorgnis, daß diese den vorwiegend französischen Einfluß im Mittelmeer herbeiführen könne. Die französischen Unterhändler würden wahrscheinlich, abgesehen von den französischen kleinen Schnellschiffen, ein Verhältnis von 8:5 zwischen der französischen und der italienischen Flotte erreichen, wobei aber die Frage der Unterseeboote in der Schwebe bleibe. (W. Z. B.)

Alarmgerüchte aus Budapest.

Budapest, 15. Nov. Die Demission des Rabinets Bethlen wird hauptsächlich auf die durch das Juristinnen der Vanden aus dem Burgenlande geschaffenen unsicheren Verhältnisse in Budapest zurückgeführt. Dejas hat in einem Hotel 40 Zimmer beschlagnahmt und dort mit seinem Generalstab eine Art Nebenregierung eingerichtet.

Wien, 15. Nov. Nach Meldungen aus Budapest wurden gestern sämtliche Gefangenen durch Militär abgeholt und die Budapestener Garnison in Alarmbereitschaft gesetzt. Diese militärischen Maßnahmen sollen ihren Grund in einer bei der Regierung eingelaufenen Anzeige haben, wonach bewaffnete Truppen, die aus den geschlossenen Karl-Fußkisten befreit werden sollen, sich auf dem Markte nach Budapest befänden. Die Anführer sollen die Absicht haben, die Gefangenen zu führen, um die wegen des Karl-Fußkisten verhafteten Politiker zu befreien.

Budapest, 15. Nov. Der Landesverteidigungsminister fordert die wehrfähige männliche Bevölkerung im Alter von 17 bis 30 Jahren zum freiwilligen Eintritt in die nationale Armee auf. Die Eintreffenden haben im Mannschafsstände Dienst zu leisten, doch werden auch Offiziere, Offiziersaspiranten und Unteroffiziere angenommen. Die Dienstpflicht umfaßt 12 Jahre. (W. Z. B.)

Die Befehung des Burgenlandes durch Oesterreich.

Wien, 15. Nov. Amittich wird verkündet: Untere Truppen sind heute Ostlich des Ruffeldersfelds in Foderdorf und St. Andrae ohne Zwischenfall eingetroffen.

Wien, 15. Nov. Wie hier bekannt wird, soll die Volksabstimmung in Dedenburg zwischen dem 1. und 5. Dezember stattfinden.

Südslawien soll Albanien räumen.

Rom, 14. Nov. Die Ententegegendskräfte haben die südslawische Mission in Belgrad aufgefordert, die besetzten albanischen Gebiete möglichst (1) bald zu räumen, indem sie auf die Festsetzung der albanischen Grenze und auf die albanischen Vorrechte hinweisen. (W. Z. B.)

Das bessere Deutschland im Kriege.

Die „Süddeutschen Monatshefte“ legen ihre verdienstvolle Aufklärungsarbeit durch die „Begegnung“ und „Der große Beitrag“ mit dem lebenden Deutschland im Kriege. Der Inhalt der neuen Nummer der „Süddeutschen Monatshefte“ ist nicht anders als eine deutsche Wiedergabe des bekannten Buches von Hermann in War Time. In dem Autor lernen wir einen aufrichtigen Vertreter des „besseren Englands“ kennen, der den Mut fand, als einer der ersten seiner Weltanschauungsgenossen und Objektivität und Wahrheitsliebe dem deutschen Volk gerecht zu werden. Nach seiner Ansicht liegt die Welt vor der Wahl zwischen Zusammenbruch oder Vernichtung. In einem Artikel im Oktoberheft der „Süddeutschen Monatshefte“ verleiht er diesem Gedanken einen Ausdruck, das nur noch die Wahl bleibt zwischen einem Abendenleben und einer Welt großmütiger Völker. Die „Süddeutschen Monatshefte“ selbst haben dem Buche, das die weiteste Verbreitung verdient, ein Vorwort mitgegeben, worin sie betonen, daß sie nichts an dem Originaltext geändert haben. Die Redaktion wollte dem Verfasser auch da, wo er irrt, nicht ins Wort fallen. Der Punkt, der die deutsche Regierung so heftig, als bisher verurteilt hat, die Wahrheit zu sagen, ist die irrtümliche Auffassung, daß man die Beziehungen zu anderen Völkern verbessert, wenn man das eigene Preisgibt. Ein so menschlich und unmissverständlich denkender Mann wie Victor würde doch niemals zulassen, daß man seine Landesteile veräußere und vergräube. Diese Art von Internationalismus ist eine deutsche Eigentümlichkeit. Sein Victor (Freigeist) wird. Der Inlandsdeutsche glaubt von seinen Landsteilen immer das Schlechtere, von Ausländern immer das Bessere. Ihm sind Landsteile die eigentlichen Feinde. Das kann sich ein Engländer, auch ein englischer Patriot, nicht vorstellen. Ebensovienig wie er sich vorstellen kann, daß eine Regierung wider besseres Wissen das eigene Volk der Schuld am Kriege bezichtigt. Das Buch selbst ist eine Art Gegenstück zur „Begegnung“. Es überlegt gleichfalls durch unabweisliche Zeugnisse, größtenteils von Engländern, aber auch von Neutralen, Schweizern, Amerikanern usw., die Verleumdungen, daß die ausländischen Kriegsverbrechen in Deutschland schlecht behandelt worden wären. Das Material geht sehr in die Einzelheiten und ist so umfangreich, daß es keine Wirkung nicht verfehlen kann, wenn es in die Öffentlichkeit dringt.

Inbahnung kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen mit dem Auslandsdeutschstum.

Der Reichsminister der „Morgenspost“ veröffentlichte vor Kurzem in seinem Blatte einen Aufsatz, worin er äußert, daß Deutschland eine große und leistungsstarke Auslandsorganisation braucht, um die deutsche Industrie in der Welt wieder einzuführen. Leider aber werden die durch den Krieg zerstörten deutschen Auslandsverbindungen schwer wiederhergestellt, weil eine reichliche Fremdwährungsreserve den deutschen Namen befehdet, die Deutschen als Kriegsschuldner und Kriegsverbrecher hinstellt hat. Noch fehlt es in Südamerika verurteilt worden, wie dies ein Brief eines Auslandsdeutschen beweist. Filme vorauszuführen, in denen angebliche Grauelthaten deutscher Truppen in Belgien gezeigt werden. Und überall wird noch durch Wort und Schrift gegen Deutschland gehetzt; darum der verzweifelte Protest der Völker gegen den schändlichen Versailles-Friedensvertrag. Die Fremdwährungsreserve durch eine wirksame deutsche Aufklärungsarbeit abzubauen, das deutsche Volk und alle Auslandsdeutschen zu sammeln für einen einmütigen Protest gegen die Schuldfrage und für die Forderung der Revision des Versailles-Friedensvertrages, und eine Arbeitsgemeinschaft zwischen An- und Auslandsdeutschen herzustellen, dazu ist unter Leitung des Herrn Oberst a. D. Albrecht Freiherr v. Treusch v. Buttlar-Brandenburg in Vanaabrad ein Aufklärungsausschuss berufen. Seine Arbeit findet nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande, besonders aber in Amerika Beachtung und rege Förderung. In Amerika haben sich auf Grund der Aufrufe verschiedene Gruppen gebildet, die in großartiger Weise eine aufklärende Propaganda in Amerika treiben. Sie arbeiten in fester Verbindung mit dem Aufklärungsausschuss und haben Freiheitsrechte für die amerikanische Presse, deutsche Bücher, Lichtbilder, Filme und Auftritte in großer Zahl angefordert. Der Aufklärungsausschuss wird all diesen Wünschen gern Rechnung tragen und bittet alle An- und Auslandsdeutschen um Mitarbeit. Besonders erwünscht ist die Angabe von neuen Adressen Deutscher im Auslande. Die Anschrift des Aufklärungsausschusses lautet: Aufklärungsausschuss bei, die Kriegsschuldfrage, Vanaabrad bei Dresden, Hermannstr. 4

400 Millionen Mark für Oppau.

Berlin, 14. Nov. Laut „A. T.“ hat die Hilfsaktion für Oppau von den Behörden und Organisationen eingeleitete Sammlung den Gesamtbetrag von 400 Millionen Mark erreicht.

Kunst und Wissenschaft.

† Dresden Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: „Joseph in Ägypten“ (18); Schauspielhaus: „Armand Correl“ (18); Reußbühnen Schauspielhaus: „Ein Bankrott“ (18); Residenz-Theater: „Alte Deliberga“ (14); „Die Spinnwebglocke“ (18); Zentral-Theater: „Der Vetter aus Dingsda“ (14); „Der Zigeunerprimas“ (18).

† Mitteilungen der Staatstheater. Opernhaus: Mittwoch, 16. November (18); „Joseph in Ägypten“; Besetzung: Pfäfers, Vogelstrom, Daemmann, Stephan; musikalische Leitung: Kutschbach; Spielleitung: Hartmann. — Am 17. November (18) „Die Einführung aus dem Serail“; Besetzung: Vattilo, Conhans; Musik: F. Schenk; Musikanten: Oreste, Merrem, Altsch, Felmann; Fiedler, Bedrillo; Musikanten: Oreste, Merrem, Altsch, Felmann; musikalische Leitung: Kutschbach; Spielleitung: Hartmann.

Schauspielhaus: Mittwoch, 15. November (18); Wiederholung des Dramas „Armand Correl“ von Moriz Schumann in der Fassung der Urinszenen. Spielleitung: Viertel. — Am 18. November (18) wird das in der vorherigen Spielzeit neu inszenierte Lustspiel „Der Herr Senator“ von Schönbach und Adelburg wieder in den Spielplan aufgenommen. Besetzung der Hauptrollen: Senator: Walter Helene; Annette: Dorothea; Anthe: Alice Verden; Stephanie: Jenny Schaffer; Mittelbach: Meyer; Dolos: Gehring; Musik: Spielleitung Viertel.

† Besprechungen. Heute, Freitag, 6 Uhr: Deutsches Haus in der Dreikönigstraße; um 10 Uhr: Männergesangsverein „Einkünfte“, Gewerkschaft; Marienbad; Freitag, Palmengarten; Freitagabend: Schiller-Verein; Freitag, Rindfleisch; Freitagabend: Fritz Dietrich, Kaufmannshaus.

† Dresdener Lausitzer. Das heutige Konzert im Gewerkschaftshaus verkauft.

† Havierabend. Als ein ganz ausgezeichnete Künstler seines Instrumentes bewährte sich erneut Walter Gieseking mit Werken von Schumann, Debussy und Scott. Er besitzt erhaben entwickelte Fertigkeiten und dazu einen Anschlag von so reichen Schattierungen, wie er in solcher Vollendung nur selten anzutreffen ist. Hierzu kommt aber bei Gieseking ein begnadetes Musikverständnis und bewundernswürdiger Anstoß zu feinsten Vertiefungen und zum Ausbrennen in großen Anstoß. In ihrer vollen Vertiefung erblüht Schumanns „Gur Phantasie“, mit Wärme und Leidenschaftlichkeit lebendvoll schaffend, markig im Rhythmus und entsandend nach tonmaliger Zelle hin. Das war echtes Gängertum auf dem Klavier. Mit fortwährendem Schwünge führen sich

Eine Kundgebung der Berliner Studentenschaft für Oberschlesien.

(Abt. Melbung unserer Berliner Schriftleitung) Berlin, 15. Nov. Die Studentenschaft der Berliner Universität veranstaltete heute eine Kundgebung gegen die Entschlebung des Völkervertrages über Oberschlesien. Die Delegierten aller studentischen Korporationen waren mit unflöhen Mannern erschienen. Als erster Redner besuchte Professor Ludwig Verwardt den Völkervertrag von der völkerverrechtlichen Seite. Nach einer eingehenden Darstellung der parteiischen Tätigkeit der Interalliierten Abkommenskommission und der Beratungen des Völkervertrages beantwortete er die Frage, wie Deutschland sein Recht wiederherstellen könne damit, daß in erster Linie die Kulturgemeinschaft mit den losgerissenen Landesteilen aufrechterhalten werden müsse.

Professor Hochstet, M. d. B., wies die den geschichtlichen Zusammenhänge Oberschlesiens mit dem deutschen Mutterland. Seit 700 Jahren existiere diese Gemeinschaft abseits von der polnischen Geschichte. Vom historischen Standpunkt genommen habe Polen keinen Anspruch auf Oberschlesien. Niemals hätten sich die Lawastischen Oberschlesien als etwas anderes denn als deutsche Staatsbürger gefühlt, bis diese Gefühle durch eine von außen hineingetragene polnische Agitation erloschen wurden, in deren Entwicklung die letzte Gruppe Korfanty und Gens laute. Der heutige Frieden sei nur als Etappe, als Atempause in dem großen Kampfe zu betrachten, in dem sich die Welt zurzeit noch immer befindet. Wenn die endgültige große Umwälzung herannahe, dann werde es darauf ankommen, wie viele Deutsche sich noch in Polen, Böhmen und Oberschlesien befinden, in denen wir die Germanen irredenta haben. Wir müssen mit allen Mitteln die Gemeinschaft mit dieser Vredensia aufrecht erhalten, bis der Tag kommt, an dem ein Tod sich über alle die Völker spannt, die im Westen und Osten durch Verwahrlosung vom Deutschen Reich losgerissen sind.

Vom Standpunkt des Wirtschaftswissenschaftlers besuchte Professor Schumacher an Hand ausführlichen Zahlenmaterials die schweren Verluste an Bodenschätzen, die Deutschland durch den Verlust Oberschlesiens erleidet. Die Bedrohung für ein Wiedererwachen ist jedoch, daß nicht von der eigenen Regierung der Versuch gemacht würde, den Staat auf Kosten der Wirtschaft retten zu wollen. — Als letzter Redner sprach ein Vertreter der Studentenschaft der im Kampfe gegen die Inflationen gebliebenen Studenten. Minutentlang Beifall dankte den Rednern für ihre Ausführungen.

Zur Frage der künftigen Eisenbahnwirtschaft

Berlin, 15. Nov. Auf der Präsidienkonferenz der Eisenbahnen in München Anfang Oktober hielt der Oberregierungsrat Sommerer aus dem Reichsverkehrsministerium einen Vortrag im „Reich für Eisenbahnen“ erzielenden Vortrag über die wirtschaftliche Lage der deutschen Reichsbahnen. In seinen Ausführungen hebt er hervor, daß die finanziellen und technischen Schwierigkeiten, mit denen die Reichsbahnen zu kämpfen haben, eine allgemeine Krisenbeschreibung darstellen, von denen die Eisenbahnen der ganzen Welt betroffen worden seien, seien die Staats- oder Privatbahnen. Durch die Entwertung der Mark sei der zukunftsreiche Einbruch des deutschen Verkehrs gegenüber den entsprechenden Nachbarländern sehr evident geworden. Der Vortragende kam zu dem Schluß, daß der Privatbetrieb gegenüber dem Staatsbetriebe manche betriebswirtschaftliche Vorteile biete, daß aber politische und wirtschaftliche Gesichtspunkte gegen eine Entschlebung der Reichsbahnen sprechen. In einer ausführlichen Nachwort hielt Sommerer fest, daß die Verwaltung der deutschen Reichsbahnen seit dem Kriege nur um das Vermeidende erhoht worden seien, während die Reichsbahnen auf das Maximum bis Dreifachhöhe und die Personalanforderungen bei einer Vermehrung des Personals um 33 Prozent um das Vierfache gegen das letzte Friedensjahr geschienen seien.

Rücktritt des Grafen Bernstorff.

Wien, 15. Nov. Der Vizekanzler Graf Bernstorff, der bisher als Vertreter des auswärtigen Amtes dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete in Koblenz zugeteilt war, wird heute aus seiner bisherigen Stellung entlassen. An seinem Nachfolger in der Vizekanzlerstelle v. Weichow bestimmt, der bisher im Auswärtigen Amte tätig war. (W. T. B.)

Ein deutsch-südslawischer Handelsvertrag.

Wien, 15. Nov. Die „Tagesspost“ meldet aus Belgrad: Das ministerielle Komitee für wirtschaftliche und finanzielle Fragen beriet heute über die Vorlage eines Handelsvertrages zwischen Südslawien und Deutschland. Der materielle Teil des Vertrages wurde angenommen, während der politische dem Ministerium des Innern zur Einsicht gegeben wurde. (W. T. B.)

Derliches und Sächsisches.

Schügt die Regierung auch das Bürgerium?

Den Schutz von Berufskammern rechts-gerichteter Kreise betrifft folgende Anfrage, die beim Landtage eingegangen ist: Am 23. Oktober 1921 kam es infolge einer unerbötigen Provokation rechtsgerichteter Kreise durch sozialistische Arbeiterjugend, die sich ohne Anmeldung zu einer Kundgebung gegen eine festliche Veranstaltung des Jungmänner- und Männervereins zusammengefunden hatte, in Waldenburg zu Zusammenstößen, wobei ein junger Oberschlesier mißhandelt und gezwungen wurde, dem sozialistischen Juge die rote Fahne voranzutragen und während eines Streiks auf dem Markte zu halten. Willigt die Regierung diese Provokation? Willigt die Regierung das Verhalten des Waldenburger Polizei- und des Bürgermeisters? Was ist gegen die Schuldigen getan worden? Welche Maßnahmen hat die Regierung getroffen, um künftig auch Berufskammern rechtsgerichteter Kreise nachdrücklich zu schützen? Dresden, am 14. November 1921.

Greifmann.
Ferner ist an den Landtag folgende „Kurze Anfrage“ gelangt, die den Schutz des Richterstandes zum Gegenstand hat:

Am 24. der „Vollzeitung für Südwestfalen“ brachte einen Artikel mit der Überschrift: „Der Gipfel. Was sich die Dirne erdreistet.“ Dieser lautet:

Aus Dresden wird gemeldet, daß die Dresdener Staatsanwaltschaft gegen den sächsischen Minister Richter ein Verfahren wegen „Aufreizung zur Gewalt“ eingeleitet hat. Richter soll in einer Volksversammlung die Rede von Anwendung gebraucht haben, die von den richterlichen Inhabern der Rechtsprechung so bedeutet wird, als wolle die R. V. unter Umständen auch zu dem Mittel der Gewalt greifen, das von den Schwarzweibern mit so heiligem Eifer geriefen und unter dem Beifall des größten Teils unserer Richter mit verbrechertischen Methoden angewandt wird. Ueber die deutsche Justiz kann sich niemand mehr wundern. Höchstens die bodenlose Unverschämtheit, mit der diese Richter die Arbeiterschaft provozieren, ragt noch aus dem Schmutz der deutschen Rechtsprechung auf.

Der Artikel macht also die sächsischen Organe der Justiz, demnach eine verfassungsmäßige Einrichtung des Staats, in einem den inneren Frieden des Staats gefährdenden Sinne verächtlich. Ist der Verordnungs des Reichspräsidenten vom 29. August beziehentlich 29. September 1921.

Außerdem enthält er eine schwere Verleumdung der Ehre der sächsischen Richter. Das Justizministerium als oberste Aufsichtsbehörde der sächsischen Richter hat nicht an letzter Stelle auch die Aufgabe, die ihr unterstellten Richter und Staatsanwälte vor Anklagen auf ihre Ehre zu schützen.

1. Weshalb ist jene Stellung nicht auf Grund der Verordnungs des Reichspräsidenten verboten worden?

2. Weshalb hat das Justizministerium wegen dieser schweren Verleumdung von ihm unterstellten Beamten nicht nach § 190 Str. G. B. Strafantrag gestellt?

3. Hat das Justizministerium oder die Generalstaatsanwaltschaft die Staatsanwaltschaft angewiesen, von einem Vergehen gegen diese Stellung als Inopportunit abzulassen? Wenn ja, welche Gründe sind dafür maßgebend gewesen? Dresden, den 12. November 1921.

Bessere Wahlergebnisse aus Sachsen.

Stadtschl. Die Liste der U. S. V. erhielt 128 Stimmen (2 Sitze), die Mehrheitsliste 145 Stimmen (3 Sitze) und die bürgerliche Liste 258 Stimmen (5 Sitze).

Dresden bei Sebnitz. Bei der Gemeinderatswahl wurden von 488 Wahlberechtigten nur 281 Stimmen abgegeben. Die U. S. V.-Liste erhielt 121 Stimmen, 4 Sitze (2), die Bürgerlichen 152 Stimmen, 5 Sitze.

Verheißung. V. Freiberg. Gewählt: 10 Mehrheitssozialisten und 5 Bürgerliche. Nicht gewählten dem Gemeinderat an: 9 Mehrheitssozialisten und 6 Bürgerliche.

Cottbus. 11 Bürgerliche, 6 Mehrheitssozialisten und 1 Unabhängiger. Nicht gewählten der Gemeinderatswahl an: 10 Bürgerliche und 8 Mehrheitssozialisten.

Bergische. Bei der Gemeinderatswahl erhielten die U. S. V. 8 und die Bürgerlichen 5 Sitze.

Reinhardt. Hier wurde ebenfalls eine bürgerliche Mehrheit erzielt. Derselbe ziehen 8 Bürgerliche und 5 sozialistische Vertreter in den neuen Gemeinderat ein; bisher war das Verhältnis 7 zu 6.

Taubenheim (Sachs). Die Gemeinderatswahl hatte folgendes Ergebnis: Kommunistische Partei 2 Sitze, Bürgerverein 4 Sitze, Sozialdemokratische Partei 2 Sitze und Landwirtschaftlicher Verein 3 Sitze. Der neue Gemeinderat setzt sich also aus 7 bürgerlichen und 5 sozialistischen Vertretern zusammen. Bisher war das Verhältnis 6:6.

in konstatieren Bemerkungen, — das Unvermögen, die Triebe durch den Verstand zu kontrollieren, arbeitet dem absoluten Bösen in die Hände und ist das Chaos wiederher. — Achner hätte diese klar sehende Linie, trotz der puritanisch strengen Zensur der Szene nicht so überfahren können. Hätte er nicht in dem Diktum „Friede“ einen Taktfehler von einer völlig bedenklichen Konsequenz gehabt und hätte nicht der Hans Albert Steinhilber mit einer imponderablen geistigen Energie das Prinzip des Kernvermögens in absoluter Selbstherrlichkeit vertreten. Von solchen ungemessenen Urteilsurteilen umfremt, erkliden das Schicksal der beiden Dredemona Johanna Hofers von vornherein bestimmt; das Schicksal muß herben! — In den häßlichen, Bestall, den das Hans bis zum Tode aufstapelt, mischt sich auch nicht der leiseste Widerspruch; ein Beweis, daß Achners erblicher Kannibale und sein großes Können die ihn zu unabweisbare Geisteskrankheit zum Verurteilen gebracht hat.

† Münchner Theater. In dem Schauspiel „Dora“, das am Münchner Schauspielhaus heute in Aufführung erlebte, will Georg Dirksfeld annehmen, wie Hoffen zum Propheten wird. Dora wohnt in seiner Anlage empot in der Forderung der Dora Gönner, die er auf Gottes Befehl zum Weibe nimmt. Dem Diktator ist die Bewältigung des arafachen Stoffes nicht rechtlos gelungen, und ebensovienig wurde die Aufführung der Dichtung rechtlos gerecht. Der wohlwollende Beifall hatte mit einer hartnäckigen Opposition zu kämpfen, doch konnte sich der Diktator wiederholt zeigen.

† Eine umfassende Gönnerausstellung aus demselben Privatbesitz wird bei Van Cassirer in Berlin vorbereitet. Die zeigen soll, wie vorzüglich und planvoll in Deutschland vor dem Kriege gesammelt wurde.

† Archipenko Meiler abgerannt. Aus Berlin wird gemeldet: In der Nacht zum Sonntag hat ein Brand im Dachstuhl des Hauses Meilerdomm 4 in Charlottenburg das Meiler des russischen Bildhauers Alexander Archipenko, der seit dem letzten Winter in Berlin lebt, vollständig zerstört. Der gesamte Bestand der Arbeiten des Künstlers, die in dem Hause aufbewahrt wurden, ist vernichtet, das bedeutet: eine große Zahl von Meiler's, Tonfiguren, Gipsabgüssen und Zeichnungen — im ganzen an 150 Nummern. Archipenko wollte demnach eine umfassende Ausstellung in Berlin veranstalten und hatte gerade zu diesem Zwecke besonders viele Werk: seiner Hand zusammengestellt.

† Prof. D. Heinrich Raumann f. Der frühere ordentliche Professor der Theologie an der Universität Straßburg D. Heinrich Raumann, leibter Privatdozent an der Uni-

Nr. 539
Dresdener Nachrichten
Mittwoch, 16. November 1921
Seite 3

